



Abstimmung vom 24. September 2017

Resultate

Vorläufige amtliche Endergebnisse. Bundeskanzlei

Rentenreform (Bundesgesetz)

JA 47.3%

NEIN 52.7%

Rentenreform (MWST-Erhöhung)

JA 49.95% | 9.5 Stände

NEIN 50.05% | 13.5 Stände

Am Volksmehr ganz knapp, am Ständemehr deutlich gescheitert

Ernährungssicherheit

JA 78.7% | 23 Stände

NEIN 21.3% | 0 Stände

Durch Volks- und Ständemehr deutlich angenommen

Resultate, auf den Kanton Bern bezogen

Quelle: Staatskanzlei des Kantons Bern



	Ja	Nein
Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit	247'043 76.0%	78'069 24.0%
Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	174'904 53.0%	155'387 47.0%
Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020	164'895 50.0%	164'866 50.0%

Stimmbeteiligung: 44.9%

Parolen der EDU Kanton Bern

Die Delegiertenversammlung der EDU Kanton Bern fasst die Parolen für die drei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 24.09.2017

An ihrer Delegiertenversammlung vom 11.08.2017 in Thun fasste die EDU Kanton Bern die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 24.09.2017:

Eidgenössische Abstimmungen

- Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit:
grossmehrheitlich JA
- Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer:
mehrheitlich JA
- Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020:
mehrheitlich JA

Weitere Auskünfte: Peter Bonsack, Kantonalpräsident EDU, 079 607 12 07

Jakob Schwarz, Fraktionspräsident EDU, 078 765 05 88

Abstimmung vom 21. Mai 2017

21. Mai 2017 – Medienmitteilung; Staatskanzlei

Die Stimmberechtigten des Kantons Bern haben

- den «Projektierungskredit für die Verkehrssanierung Aarwangen – Langenthal Nord» mit **60,1 Prozent** angenommen.
- den «Kredit für die Asylsozialhilfe 2016 – 2019» mit **54,3 Prozent** abgelehnt



An den Gesamterneuerungswahlen der Regierungstatthalterinnen und Regierungstatthalter

wurde im Verwaltungskreis Bern-Mittelland der bisherige Amtsinhaber Christoph Lerch gewählt. Im Berner Jura kommt es am 2. Juli 2017 zu einem zweiten Wahlgang.

Provisorische Ergebnisse

Quelle: Staatskanzlei des Kantons Bern

Eidgenössische Vorlage

	Ja	Nein
Energiegesetz	166'071 55.5%	132'930 44.5%

Stimmbeteiligung: 40.7%

Kantonale Vorlagen

	Ja	Nein
Beschluss des Grossen Rates betreffend den Projektierungskredit für die Verkehrssanierung Aarwangen - Langenthal Nord	166'128 60.1%	110'416 39.9%
Beschluss des Grossen Rates betreffend den Kredit für die Asylsozialhilfe 2016–2019	132'689 45.7%	157'589 54.3%

Stimmbeteiligung: 39.5%

Medienmitteilung der EDU Kanton Bern

Die Delegiertenversammlung der EDU Kanton Bern fasst die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 21.05.2017

- Eidgenössische Vorlage: **Energiegesetz (EnG): grossmehrheitlich NEIN**
- Kantonale Vorlage: **Beschluss des Grossen Rates betreffend den Projektierungskredit für die Verkehrssanierung Aarwangen - Langenthal Nord: einstimmig JA**
- **Beschluss des Grossen Rates betreffend den Kredit für die Asylsozialhilfe 2016 – 2019: grossmehrheitlich NEIN**

Weitere Auskünfte: Peter Bonsack, Kantonalpräsident EDU, 079 607 12 07, Katharina Baumann, Grossrätin EDU, 079 781 54 61

Kredit für Asylsozialhilfe –pro und contra

Am 21. Mai 2017 wird im Kanton Bern über einen Kredit für die Asylsozialhilfe in der Höhe von 105 Millionen Franken abgestimmt.

Der Regierungsrat hat berechnet, dass dem Kanton Bern im Asylbereich für die Jahre 2016 bis 2019 jährlich rund 26 Millionen Franken Kostenentstehen, die nicht durch die Pauschalbeiträge des Bundes abgedeckt werden. Rund 90 Millionen Franken an Kosten entstehen bei der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA). Sie werden in separaten Unterkünften betreut. Der Kanton rechnet mit Kosten von bis zu 5'000 Franken pro UMA und Monat. Das Einhalten des Kinder- und Jugendschutzes rechtfertigt diese Kosten, ist eine Mehrheit des Grossen Rats der Ansicht.

Dementsprechend hat er den Kredit für die Asylsozialhilfe 2016 bis 2019 mit 90 zu 49 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

Komitee und EDU lehnen Kredit ab

Gegen den Beschluss wurde von einem Komitee, das auch von der EDU unterstützt wurde, das Referendum ergriffen. Die Ausgaben für die Unterbringung der UMA seien zu hoch. Zudem würden sich die Kosten auf einem tieferen Niveau als erwartet entwickeln. Für die Abstimmung vom 21. Mai 2017 empfiehlt das Komitee deshalb das «Nein».

Diese Haltung vertritt auch die Mehrheit der Delegierten der EDU Kanton Bern. An der Delegiertenversammlung vom 7. April 2017 wurde der Kredit mit 24 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen.

Argumente

Im Sinne eines Beitrags zur Meinungsbildung nehmen die beiden EDU-Grossräte Ernst Tanner und Samuel Kullmann Stellung zu Argumenten aus der Abstimmungsbotschaft des Grossen Rats. Wie bereits an der Delegiertenversammlung vertritt Ernst Tanner das «Nein», Samuel Kullmann das «Ja» zum Kreditgeschäft.



«MIT EINEM NEIN ZUM KREDIT SOLL ERREICHT WERDEN, DASS DIE LEISTUNGEN AN DIE UMA HERUNTERGEFAHREN WERDEN.»

Ernst Tanner



«DIE KOSTEN FÜR INTEGRATIONSHILFEN SIND MOMENTAN NICHT GEDECKT.»

Samuel Kullmann

Das gewählte Modell für UMA ist eine Luxuslösung. Es soll nicht weitergeführt werden, denn es gäbe auch andere Möglichkeiten.

Ernst Tanner: Jugendliche kommen ohne Papiere in die Schweiz. Weil das Alter nicht zuverlässig überprüft werden kann, sind wahrscheinlich viele älter als 18 Jahre und somit nicht berechtigt für das UMA-Modell.

Samuel Kullmann: Wir sollten als Gesellschaft höhere Erwartungen an die Integrationsbereitschaft der UMAs stellen. Bildlich gesprochen fehlt uns die rote Karte. Dieses Kuschelsystem führt zu höheren Integrationskosten und müsste zuerst korrigiert werden.

Das gewählte Modell ist eine kostengünstige Möglichkeit, die UMA entsprechend den Anforderungen an Kinderschutz und -wohl zu betreuen.

ET: Im Vergleich zu Jugendheimen mag das stimmen, aber trotzdem kostet uns ein UMA pro Monat über 5'000 Franken. Viele dieser Menschen sollten in ihrer Heimat bleiben können, weil sonst die jungen Generationen dem Land fehlen.

SK: Die Platzierung von UMA in Familien oder separaten Unterkünften ist teuer, da sollten die Befürworter der Vorlage auch dazu stehen. Es ist aber wahrscheinlich, dass ohne diese kostspieligen Ausgaben noch höhere Folgekosten durch mangelnde Integration entstehen.

Viele UMA werden längerfristig in der Schweiz leben. Sie sollen gut integriert werden, damit sie später ein eigenständiges Leben führen können.

ET: Eritrea nimmt geflüchtete Landsleute nicht zurück, diese bleiben bei uns. Aufgrund ihrer Prägungen und Ansprüche werden wohl nur wenige ein eigenständiges Leben führen können.

SK: Die meisten UMA haben sehr traumatische Migrationserfahrungen. Viele UMA kommen aus einer völlig anderen Kultur und brauchen eine (kosten)intensive Begleitung, damit sie sich möglichst schnell integrieren können.

Redaktion: Thomas Kuhn | Quelle: standpunkt Nr. 5 | Mai 2017

Ja zur Verkehrssanierung

Am 21. Mai 2017 wird über einen Projektierungskredit von 6,6 Millionen Franken für die Verkehrssanierung im Raum Aarwangen-Langenthal Nord abgestimmt.

Täglich zwingen sich rund 16'000 Fahrzeuge durch die Ortsdurchfahrt Aarwangen. Der Schwerverkehrsanteil ist ausserordentlich hoch.

Die Züge der «Aare Seeland mobil AG» überqueren die Verkehrsachse im Ort dreimal. Die Bevölkerung, insbesondere die Schulkinder, und die lokale Wirtschaft leiden unter dem dichten Verkehr.

Umfahrung soll Entlastung bringen

Eine 3,6 Kilometer lange Umfahrungsstrasse soll in Zukunft die Ortsdurchfahrt Aarwangen entlasten und den Wirtschaftsraum Oberaargau besser an die Autobahn A1 anbinden. Sämtliche Kosten für die neue Strasse werden auf 136 Millionen Franken geschätzt. Zur Erarbeitung des Bauprojekts wird zunächst ein Kredit von 6,6 Millionen Franken benötigt. Diesen hat der Grosse Rat mit 111 zu 35 Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt.

Die Delegiertenversammlung der EDU Kanton Bern hat sich einstimmig für den Projektierungskredit ausgesprochen. Das Komitee «Nein zur Luxusstrasse im Oberaargau» hat erfolgreich das Referendum gegen den Beschluss des Grossen Rats ergriffen. Aus diesem Grund wird am 21. Mai 2017 abgestimmt.

Argumente

Im Sinne eines Beitrags zur Meinungsbildung nimmt Grossrat Johann Ulrich Grädel kurz Stellung zu Argumenten, wie sie der Grosse Rat in seiner Botschaft zur Abstimmung formuliert hat.



Die Umfahrung ist finanzierbar, weil dafür Geld im Investitionsspitzenfonds reserviert ist und der Bund einen Beitrag in Aussicht gestellt hat.

Johann Ulrich Grädel (JHU): Der Grosse Rat hat im März 2015 beschlossen, Mittel die nach dem Nein zum «Tram Region Bern» frei wurden, den beiden Verkehrssanierungsprojekten Aarwangen und Burgdorf zuzuweisen. Mit den rund 240 Millionen Franken kann ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Projekte geleistet werden.

Die Umfahrung weist ein sehr schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Auch ohne Umfahrung wären grosse Verbesserungen möglich.

JHU: Das Kostenargument taucht immer wieder auf. Ich weise darauf hin, dass eine Sanierung der bestehenden Strasse ebenfalls teuer würde und langfristig weit weniger Nutzen brächte als eine Umfahrung.

Redaktion: Thomas Kuhn | Quelle: standpunkt Nr. 5 | Mai 2017

Abstimmung vom 12. Februar 2017

kamen 3 eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung:

Parolen der EDU

- Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration
-> **NEIN**
- Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr
-> **NEIN**
- Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III)
-> **JA**

Kantonale Vorlagen (BE) gab es keine.

ERGEBNISSE

Schweiz

Quelle: srf.ch

Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung des Unternehmensstandorts Schweiz

Abgelehnt

JA-Stimmen absolut: (989'306 Stimmen)

NEIN-Stimmen absolut: (1'427'946 Stimmen)

40.9% Ja gegenüber 59.1% Nein

Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

Angenommen

JA-Stimmen absolut: (1'499'615 Stimmen)

NEIN-Stimmen absolut: (982'833 Stimmen)

60.4% Ja gegenüber 39.6% Nein

Standesstimmen: 17 Ja, 6 Nein

Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr

Angenommen

JA-Stimmen absolut: (1'503'735 Stimmen)

NEIN-Stimmen absolut: (923'787 Stimmen)

61.9% Ja gegenüber 38.1% Nein

Standesstimmen: 23 Ja, 0 Nein

Stimmenverhältnisse im Kanton Bern

Quelle: Staatskanzlei des Kantons Bern

	Ja	Nein
Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration	195'868 61.9%	120'508 38.1%
Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)	183'620 59.1%	127'004 40.9%
Unternehmenssteuerreformgesetz III	97'798 31.6%	212'072 68.4%

Stimmbeteiligung: 43.2%